

Streit um Zwangsferien für Gymilehrer

Die Zürcher Mittelschullehrer protestieren gegen den brisanten Sparvorschlag ihres Verbands. Nun krebst dieser zurück. René Donzé

Eine Woche mehr Ferien, dafür etwas weniger Lohn: Mit diesem Vorschlag ist der Mittelschullehrpersonenverband des Kantons Zürich (MVZ) am Mittwoch in die Verhandlung mit Bildungsdirektorin Silvia Steiner gestiegen, wie diese Zeitung berichtete. Die Bildungsdirektorin muss jährlich 49 Millionen Franken sparen, davon 18 in den Mittelschulen. Mit den Zusatzferien würde sich der Schaden wenigstens in Grenzen halten, sagte Präsident Rolf Bosshard. Das Mandat für diese Position hatte sich der Vorstand von der Delegiertenversammlung geben lassen. Dieses Gremium setzt sich aus zwei gewählten Vertretern je Mittelschule zusammen.

Doch offensichtlich hat der MVZ die Rechnung ohne seine Basis gemacht - und ohne jene Gymilehrer, die nicht Mitglied im Verband sind. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Idee hat sich Widerstand formiert. Nicht wenige Lehrer reagierten erbost darauf, dass der MVZ einen derartigen Vorschlag machte. Das sei Bildungsabbau, Lohnabbau und zementiere das Bild des Lehrers als Ferientechniker, hiess es.

Ausgehend von der Kantonsschule MNG Rämibühl wurde eine Blitzumfrage gestartet, die ergab, dass 70 Prozent der teilnehmenden Lehrer aus sechs Gymnasien gegen solche Zwangsferien sind. Mit einer E-Mail an den Vorstand forderte die Kommission «Gewerkschaftliche Anliegen» am MNG Rämibühl eine Abkehr von der Verhandlungsposition. Und sie drohte mit personellen Konsequenzen an der Generalversammlung - mit Erfolg, wie sich nun zeigt.

Am Freitag haben sich Vertreter des MVZ und der protestierenden Lehrerschaft getroffen. Dort krebste der MVZ offensichtlich zurück. In einem gemeinsamen Schreiben teilen die beiden Parteien im Anschluss an die Aussprache mit: «Selbstverständlich wollen die Mittelschullehrpersonen keinen weiteren Bildungsabbau in Form von Zwangsurlaub für Schüler und damit verbunden eine zusätzliche, schmerzhaft Verkürzung der Mittelschuldauer.» Man sei sich einig, dass Abbaumassnahmen nicht auf dem Buckel der Lehrpersonen passieren dürften, und lehne «sowohl (versteckten) Lohnabbau als auch Mehrarbeit grundsätzlich ab».

Beide Seiten sind nun bemüht, den entstandenen Graben zuzuschütten. Man werde über die zukünftige Positionierung und Ausrichtung des MVZ im Dialog bleiben, schreiben sie. «Weitere Kommentare dazu erübrigen sich, da sie interne Abläufe betreffen.»

